

Regionaltreffen des Arbeitskreises Historische Frauen- und Geschlechterforschung e. V.

Veranstalterin: Prof. Dr. Susanne Schötz/Susanne Salzmann
Veranstaltungsort: online
Datum: 02. März 2022

Am 02. März 2022 fand online das Regionaltreffen der Region Ost des Arbeitskreises Historische Frauen- und Geschlechterforschung e. V. statt. Nach einer kurzen Einführung und Begrüßung durch die Veranstalterinnen und einer Vorstellungsrunde begann das Treffen mit einer von Susanne Salzmann vorbereiteten „kleinen Schreibwerkstatt“. Dabei stand der Erfahrungsaustausch zum wissenschaftlichen Schreiben und die Vermittlung einiger Methoden im Vordergrund. Leitend waren Aspekte wie: Wo liegen Motivationen und Blockaden zur Schreibtätigkeit und wie kann damit umgegangen werden?

Der erste thematische Beitrag von SOPHIA KÖNIG (Leipzig) befasste sich mit dem Hebammenwesen von Leipzig und Sachsen zwischen 1918 und 1945. Im Mittelpunkt ihres vorgestellten Dissertationsprojektes stehen Fragen zu Problemen und Reformbemühungen in diesem, sowie zum Einfluss dieser Prozesse auf die berufliche Situation der ansässigen Hebammen und deren Aufgabenfelder. Es geht ihr zugleich um Professionalisierungstendenzen im Beruf und Entwicklungslinien in der Lebenswelt der Leipziger Hebammen. Der Blick auf die NS-Gesundheitspolitik eröffnete darüber hinaus die Frage, welche Aufgaben den Hebammen in der NS-Gesundheitspolitik oblagen und in welcher Weise sie zur In- und Exklusion in die „Volksgemeinschaft“ beitrugen. Mit dieser regionalen und exemplarischen Untersuchung will sie Forschungslücken schließen, die sowohl im Bereich des Berufsalltags als auch in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus liegen. Die Referentin setzte in ihrem Vortrag einen besonderen Fokus auf die Vielfalt der von ihr verwendeten Quellen und verdeutlichte beispielhaft den Aussagewert einiger Quellen zur Entwicklung des Arbeitspensums, der Betreuungsleistungen und der Einkommensverhältnisse. Die sich anschließenden Fragen betrafen die Ideologisierung des Berufsalltages im Nationalsozialismus und die Handlungsspielräume von Hebammen nach deren Verdrängung im Zuge der Zunahme von Klinikgeburten und männlichen Ärzten im Bereich der Gynäkologie. Überdies bestand Interesse an der Rolle von Hebammen im Bereich der kommunalen Säuglingspflege sowie an dem verwendeten Konzept von „Professionalisierung“.

Der sich anschließende Werkstattbericht aus dem Postdoc-Projekt von ANNA LEYRER (Wien) bot einen Einblick in den „Frauenaufbruch“ und die Mütterbewegung der unmittelbaren Nachkriegszeit von 1945 bis 1949. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen stellte eine Erinnerungsmappe des Demokratischen Frauenbundes Berlin dar, welche Porträts von Frauen enthält. Leyrer betonte, dass in der Mappe Frauen als politische Kämpferinnen dargestellt werden, die bei allen Unterschieden der Begriff der Mütterlichkeit eint. Sie hinterfragte im Folgenden, inwiefern in einem frauengeschichtlichen Kontext der Begriff

der Mutter gleichfalls interessiert wie irritiert. Dabei blickte sie zunächst aus einer Vogelperspektive auf den Begriff der Mütterlichkeit und dessen differente Verwendung im frühen 20. Jahrhundert. Das Spezifikum der Nachkriegszeit nach 1945, so die Referentin, liege darin, dass die Mutter als Garantin für Menschlichkeit verstanden wurde. Der durch den Krieg unsicher gewordene Begriff „Menschlichkeit“ sollte so wieder Stabilität erhalten. Deutlich werde das auch am Manifest der 1948 in Hamburg gegründeten W.O.M.A.N (Weltorganisation der Mütter aller Nationen), das aus der klassischen Verortung an Heim und Herd die Verantwortung der Mutter für die Gesellschaft und somit ihre Rolle als Begründerin des Staates ableitet. Darüber hinaus wird eine imaginierte Internationalität der Mutterschaft und die damit einhergehenden Verantwortung für die Menschheit und Menschlichkeit abgebildet. Diese Interpretation könne als ein Gegenentwurf zur völkisch-nationalen Mutterschaft verstanden werden. Es zeige sich aber auch eine Verschiebung des Fokus von Frauenrechten hin zu Menschenrechten. Ferner bewege sich der Begriff der Mütterlichkeit in dieser Zeit zwischen einer Politisierung und gleichzeitiger Neutralisierung. Insbesondere die Frage nach den Deutungsmöglichkeiten bzgl. des ausnahmslos positiven Narratives der Mutterschaft als Entlastungsstrategie in der Zeit nach dem Nationalsozialismus interessierte die Teilnehmenden. Ferner wurde nach den Resonanzräumen gefragt, in welchen sich die Forderungen der Frauen gespiegelt haben könnten. Besonders interessant erschien der Zusammenhang von Muttersein und Widerstand bzw. Militanz.

Der Debatte um den Paragraphen 218 StGB in den 1970er Jahren in Trier nahm sich Tamara Breitbach (Trier) an, die damit einen Teilaspekt ihres Promotionsvorhabens vorstellte. Die Referentin gab zunächst einen Abriss über die Geschichte der Schwangerschaftsabbrüche mit dem Fokus auf die 1970er und 1980er Jahre in der Bundesrepublik. Am Ende der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen um die Novellierung des StGB stand der Entscheid des Bundestages vom 06. Mai 1976, welcher die Frist für einen Abbruch regelte. Christlich-konservative Positionen lehnten die Abtreibung ab bzw. unterstützten sie nur bei medizinischer Notwendigkeit. Studentische und feministische Positionen befürworteten die vollständige Legalisierung mit der Begründung auf Selbstbestimmung der Frau über ihren Körper. Die Auswirkungen dieser Debatte spiegelten sich auch auf Mikroebene in der Trierer Zweigstelle der Pro Familia wider. Breitbach stellte heraus, dass der Blick auf lokaler Ebene aufzeigen kann, welche Umstände und Einflussfaktoren zu einer eher konservativeren bzw. liberaleren Entwicklung in ländlichen oder städtischen Räumen führen können. Die Auseinandersetzung in Trier drehte sich im Wesentlichen um ein Werbeplakat der Pro Familia Trier und des AStA der Uni Trier aus dem November 1979. Auf diesem wurde in den Augen des Landrates Dieter Braun-Friderici unziemlich für Schwangerschaftsabbrüche und Verhütungsmethoden geworben. Als Konsequenz wurden dem Verein 1980 die finanziellen Zuschüsse gestrichen. Das sorgte vor allem in den Anfangsjahren für eine prekäre Arbeitssituation. So gab es eine hohe Fluktuation unter den Mitarbeitenden oder erschwerte Arbeitsbedingungen für Ärzte und Ärztinnen, welche sich vor Diskriminierungen schützen mussten. Eine Strategie von Pro Familia, dem zu begegnen, war die Schaffung von Öffentlichkeit. Summierend stellte Tamara Breitbach fest, dass es nur wenige liberale Ideen und Akteure im eher ländlich geprägten Raum Triers gab. Vor allem die Universität wirkte wohl als Motor eines gesellschaftlichen Umdenkens. Anschließend ergaben sich Fragen zu Partizipationsmöglichkeiten von

Frauen und Frauengruppen im Raum Trier. Gleichermaßen wurde sich nach der Rolle der Kirche in der katholisch geprägten Stadt erkundigt.

Im abschließenden Vortrag gab Jessica Bock (Dresden) einen Werkstattbericht zu Schwangerschaftsabbrüchen in Sachsen zwischen 1945 und 1990, der im Auftrag der Henrich-Böll-Stiftung entstand. In ihrer Arbeit beschäftigt sie sich mit gesetzlichen Regelungen, Akteurinnen sowie Brüchen und Kontinuitäten. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf Aushandlungsprozessen zwischen Betroffenen und Behörden. Die Referentin gab einen Einblick in den Bereich der gesetzlichen Regelungen und Statistiken. Nach dem Krieg fand sich zunächst eine diffuse Rechtslage. Am 22. April 1947 wurde in Sachsen schließlich ein Gesetz über den Schwangerschaftsabbruch verabschiedet, welches besagte, dass dieser auf Grund von medizinischen, ethischen oder sozialen Indikationen vorgenommen werden konnte. Die Entscheidung fällte am Ende eine Gutachterkommission. Frauen gingen in die Aushandlungen um das Verfahren mitunter selbstbewusst hinein. Sie besaßen ein sogenanntes Abtreibungswissen, das heißt, dass sie Formulierungen kannten und anwandten, die eher auf Erfolg in den Anträgen auf Schwangerschaftsabbruch schließen ließen. Die Statistiken zeigen, dass 1947 noch 64,9 % der Anträge genehmigt wurden. Im Folgejahr wurden etwa nur noch 49,6 % der Anträge positiv beschieden. Im Anschluss wurde nach den Zugängen zu den Zeitzeug:innen gefragt. Überdies besprachen die Teilnehmenden mit der Referentin die Lage der "Vertragsarbeiterinnen" und ihre Aussichten in der DDR bei einer (ungewollten) Schwangerschaft.

Zum Schluss regten die Teilnehmerinnen an, eine Kontaktliste zu erstellen. Mit einem Schlusswort bedankten sich Susanne Schötz und Susanne Salzmann bei den Vortragenden und Teilnehmenden mit der Aussicht auf ein nächstes, hoffentlich analoges Treffen im kommenden Jahr. Zum gewünschten inhaltlichen Schwerpunkt wird demnächst eine Abfrage an die Mitglieder der Region Ost des AKHFG e. V. erfolgen. Es wurde angedacht, noch gezielter außeruniversitäre Bildungseinrichtungen einzubeziehen, um den Transfer zwischen Geschlechterforschung und Gesellschaft zu vertiefen.

Konferenzübersicht:

- | | |
|-------|---|
| 10:00 | Begrüßung |
| 10:10 | (kleine) Schreibwerkstatt |
| 11:00 | Sophia König (Leipzig): Zwischen Professionalisierung und ideologischer Vereinnahmung. Hebammen in Leipzig und Sachsen zwischen 1918 und 1945 |
| 12:00 | Mittagspause |
| 13:00 | Anna Leyrer (Wien): Werkstattbericht: „Frauenaufbruch“ und Mütterbewegung der unmittelbaren Nachkriegszeit (1945-1949) |
| 14:00 | Tamara Breitbach (Trier): Die Debatte um den Paragraphen 218 StGB in 1970er Jahren in Trier |

- 15:00 Jessica Bock (Dresden): Schwangerschaftsabbruch in Sachsen 1945-1990 -
Ein Werkstattbericht
- 15:45 Organisatorisches/ Abschied